

**Resolution des Präsidiums des Europäischen Volkswagen Konzernbetriebsrats  
Kaluga, 30. September 2010**

Das Präsidium des Europäischen Konzernbetriebsrats, das alle zehn Marken des Volkswagen Konzerns, mehr als 30 Standorte in 15 Ländern Europas und damit mehr als 280.000 Beschäftigte repräsentiert, fordert die Europäische Union auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Bürgerinnen und Bürger nicht die Leidtragenden der verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten der vergangenen Jahrzehnte werden. Soziale Sicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte müssen in Europa endlich den gleichen Stellenwert bekommen, wie der gemeinsame Binnenmarkt und seine Regelungen. Die Streiks und Demonstrationen in verschiedenen europäischen Staaten - aktuell in Spanien, Portugal und Belgien, im Herbst auch in Deutschland - finden deshalb die volle Unterstützung des Gremiums.

**Begründung:**

Das Präsidium des Europäischen Konzernbetriebsrats stellt fest, dass in den vergangenen Jahren in vielen europäischen Staaten soziale Kälte Einzug gehalten hat. Die sozialen Sicherungssysteme geraten durch die zum Teil von der EU vorgegebenen Haushaltskonsolidierungsanstrengungen der Mitgliedstaaten zunehmend unter Druck. Einschnitte bei Rente, Gesundheitswesen und Arbeitnehmerschutzrechten sind die Folge. Die Tendenz zur so genannten "Flexibilisierung der Arbeitsmärkte" erhöht die Zukunftsangst der Menschen, erhöht den Druck auf Tarif- und Kollektivverträge und schafft im Bereich der Leiharbeit zum Teil unwürdige Arbeits- und Entlohnungsbedingungen.

Das Präsidium des Europäischen Konzernbetriebsrats ist der Auffassung, dass diese Entwicklung nicht zuletzt auf die fehlende soziale Dimension der Europäischen Union zurück zu führen ist. Mit ihren Richtlinien greift die EU immer wieder indirekt in die historisch gewachsenen sozialen Sicherungssysteme und Arbeitnehmerschutzgesetze der Mitgliedstaaten ein. Deshalb muss die Europäische Union ihren Fokus endlich weg vom gemeinsamen Wirtschaftsraum auf ein Europa der Bürgerinnen und Bürger richten, in dem soziale Belange und die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den gleichen Stellenwert haben, wie der gemeinsame Binnenmarkt und seine Regelungen. Das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa ist ein Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei darf es keine Nivellierung auf ein Mittelmaß geben, sondern im Rahmen des Best-Practice-Ansatzes müssen die besten Regelungen schrittweise auf alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeweitet werden. So gelten beispielsweise die Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte in Deutschland - zum Beispiel die europäischen Arbeitnehmerrechte bei Volkswagen - als besonders weit entwickelt, während beispielsweise die skandinavischen Staaten wie Schweden beispielgebend für soziale Sicherungssysteme und Bildungspolitik sein können.

Das Präsidium des Europäischen Volkswagen Konzernbetriebsrats

The image shows several handwritten signatures in blue and black ink. On the left, there are signatures in blue ink, including 'Gerd Hoffmann', 'Michael Müller', 'Günter', 'P. Abs', 'G. Ehora', and 'P. Allu'. In the center, there is a signature in black ink that is circled, possibly 'Michael Müller'. To the right, there are more signatures in black ink, including 'Luis Manuel Ferrer', 'Stephan Feyer', 'A. Goff', 'Müller', and 'Koch'.